

Gipfel in Berlin Gemeinsam für die Zukunft der Pflege

Auf Einladung von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) sind am 10. September in Berlin die wichtigsten Akteure der Krankenhäuser zusammengekommen, um über aktuelle Probleme und geeignete Lösungen zu sprechen. Frau Schmidt kündigte an, in den nächsten drei Jahren 21.000 zusätzliche Pflegestellen durch die Kassen finanzieren zu wollen.

➤ Bundesgesundheitsministerin Schmidt fand beim ersten deutschen Pflegegipfel in Berlin deutliche Worte zur Situation der Pflegenden in den Krankenhäusern. Dort habe es zuletzt einen dramatischen Abbau von Pflegestellen gegeben. Bei gleich-

zeitiger Zunahme der Patientenzahlen habe dies zu einer erhöhten Arbeitsbelastung geführt. Dies sei „Grund zur Sorge“, so Schmidt. Nach Angaben des Deutschen Pflegerates (DPR) sind in den vergangenen zehn Jahren rund 50.000 Pflegestellen in den Kliniken

abgebaut worden. „Das muss gestoppt werden, denn alle Pflegenden im Krankenhaus leisten einen wesentlichen Beitrag für die qualitativ hochwertige Versorgung der Patienten“, betonte die Präsidentin des Rates, Marie-Luise Müller. „Die Verschlechterung der Personalausstattung gefährdet die Sicherheit der Patienten, aber auch zunehmend die Gesundheit der Pflegenden.“ Die immer schwieriger werdenden Arbeitsbedingungen der Pflegenden sind nicht länger hinnehmbar, so Müller. Vor zehn Jahren habe eine Pflegekraft im Krankenhaus im Schnitt sechs Patienten versorgt. Heute seien es bereits zwölf. Das Bundesministerium für Gesundheit, der DPR sowie



Spitzentreffen: Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (2. v. r.) und Ratspräsidentin Marie-Luise Müller (3. v. r.) im Kreise wichtiger Vertreter der Krankenhäuser.



Editorial

Entdecken

Mit der machtvollen Demonstration am 25. September haben die Krankenhäuser deutlich gemacht, dass der Budgetdeckel weg muss. Der finanzielle Druck auf die Kliniken hat zu einer Situation geführt, in der im Grundsatz sinnvolle Steuerungsprinzipien nicht mehr ausreichen. Die Pflegenden erwarten, dass sich schnell etwas ändert. Dazu wäre zum Beispiel die Abbildung pflegerischen Aufwands in den DRGs ein wichtiger Beitrag, da über die Erlöseseite die Basis für mehr Pflegepersonal zu schaffen wäre. Die Bürger dürfen erwarten, dass Experten das Gesundheitssystem möglichst leistungsfähig gestalten. Reformbedarf besteht ja auch und gerade bei der Frage, was mit GKV-Mitteln gemacht wird. Würden wir nicht mehr Lebensqualität und Gesundheit erreichen, wenn wir zum Beispiel weniger und/oder billigere Medikamente verwenden und dafür durch Beratung Verhaltensänderungen herbeiführen oder dafür sorgen, dass die verordneten Medikamente überhaupt eingenommen werden?

Franz Wagner, Vize-Präsident Deutscher Pflegerat und Bundesgeschäftsführer Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK)

alle weiteren Teilnehmer des Pflegegipfels – darunter der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung, die Bundesärztekammer und die Deutsche Krankenhausgesellschaft – halten daher Verbesserungen zu Gunsten der Pflege im Krankenhaus für dringend notwendig. Mit Blick auf die Zukunft des Pflegeberufes erklärte Ministerin Schmidt: „Für viele junge Menschen ist der Beruf der Krankenschwester oder des Krankenpflegers auch heute noch ein Traumberuf. Wir wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt und die Pflegenden auch nach vielen Jahren im Beruf zufrieden sind.“

Die Vorsitzende des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung, Doris Pfeiffer, kündigte unterdessen Widerstand gegen ein Sonderprogramm für mehr Pflegekräfte an. „Wir wollen gute Pflege in den Kliniken, haben aber auch die Pflicht darauf zu achten, dass unsere Versicherten nicht übermäßig belastet werden.“ Ein zusätzlicher Pflegebedarf müsse über die bestehende Krankenhausvergütung in Form der Fallpauschalen (DRGs) finanziert werden.

Pfeiffer warnte davor, die Zustände in den Kliniken zu dramatisieren. Zwar sei dort Pflegepersonal abgebaut worden. „Dieser Abbau spiegelt aber lediglich wider, wie sich die Versorgung insgesamt verändert hat.“ Denn gleichzeitig seien in Heimen und bei ambulanten Pflegediensten über 30.000 neue Stellen für Pflegekräfte entstanden.

Kritik an den Krankenkassen

Der Pflegerat kritisierte die ablehnende Haltung der Kassen. „Hier wird rein arbeitsmarktpolitisch und nicht versorgungsbezogen argumentiert“, sagte Müller. Fakt sei, dass in den Krankenhäusern pro Jahr rund 1,1 Millionen Patienten versorgt werden müssten. „Dafür brauchen wir ausreichend Pflegepersonal.“ Aus der Stellenmehrung

im ambulanten und langstationären Bereich zu schließen, dass sich der Bedarf an Krankenhauspflege reduziert haben könnte, sei „fatal“, erklärte der Vorsitzende des Verbandes Bundesarbeitsgemeinschaft Leitender Pflegekräfte (BALK), Peter Bechtel, der ebenfalls an dem Treffen teilnahm. „Die Zunahme multimorbider Patienten in den Kliniken, ein Anstieg von Begleiterkrankungen wie Demenz, eine Zunahme der High-Medizin mit gravierenden Auswirkungen für die pflegerische Versorgung in den Kliniken und die rasche Zunahme von intensivüberwachungs- und intensivbehandlungspflichtigen Patienten stehen dieser Aussage konträr entgegen.“

Folgen der Personalknappheit

In den Gesprächen mit der Bundesgesundheitsministerin konnte die Pflegewissenschaftlerin Prof. Dr. Sabine Bartholomeyczik klar den Zusammenhang zwischen Personalbesetzung und Patientenrisiken belegen. Auswirkungen der Personalknappheit zeigten sich insbesondere durch nosokomiale Infektionen, Mobilitätsmängel oder Vernachlässigung vorbeugender Maßnahmen. Außerdem müsse es zu einer effizienteren Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Pflegenden kommen. „Zeitverlust zu Lasten der Versorgung und Arbeitsverdross sind die Folge, wenn keine geeigneten Kooperationsmodelle vorliegen.“

Die Teilnehmer des Pflegegipfels einigten sich darauf, drei Arbeitsgruppen einzurichten. Eine ad-hoc-Gruppe soll rasch Vorschläge zur Umsetzung der 21.000 neuen Stellen in das laufende Gesetzgebungsverfahren entwickeln. Die anderen Arbeitsgruppen befassen sich mit den DRGs und der Attraktivität des Pflegeberufes. Die Ergebnisse sollen auf einem zweiten Pflegegipfel im März 2009 vorgelegt werden. ■

Moderne Altenpflege

„Was wir können, können nur wir“

Bundesministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat in Berlin den Startschuss für die Fachkampagne „Moderne Altenpflege“ gegeben. Die Botschaft: „Was unsere professionellen Altenpflegerinnen und Altenpfleger täglich leisten, verdient hohe Anerkennung. Ihr Berufsfeld hat in unserer Gesellschaft des langen Lebens Zukunft.“ Der Pflegerat ist Kooperationspartner der Kampagne.



➔ Wer alte Menschen pflegt, braucht dazu mehr als zwei flinke Hände und ein gutes Herz. Er benötigt „medizinische Kenntnisse, psychologisches Einfühlungsvermögen und echte Managementqualitäten“, sagt Bundesseniorenministerin von der Leyen. In einer Gesellschaft des langen Lebens werde Altenpflege immer wichtiger. „Tagtäglich stehen Pflegekräfte Millionen pflegebedürftigen Menschen und ihren Familien engagiert zur Seite. (...) Ihnen möchten wir mit der Kampagne Berufsfeld: Moderne Altenpflege Dank sagen und den Rücken stärken.“

Die Kampagne soll außerdem „Schluss machen mit zahlreichen Vorurteilen und Zerrbildern“, die in der Öffentlichkeit noch oft mit dem Berufsfeld Altenpflege verbunden sind. Ziel der bis März 2009 laufenden Kampagne ist es, für das Berufsfeld der Altenpflege zu werben, es gesellschaftlich aufzuwerten und den Pflegekräf-

ten und Auszubildenden in der Altenpflege für ihren Einsatz Anerkennung auszusprechen. Viele Altenpflegeschulen melden zurzeit großen Bedarf an jungen Lehrlingen, doch viele Ausbildungsplätze bleiben leer.

Wer im Beruf ist, bleibt ihm treu

Dabei sind die, die den Beruf erlernt haben, zufrieden. Zwischenergebnisse einer vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebenen Studie belegen, dass Altenpflegekräfte ihrem gewählten Beruf treu bleiben. Laut Studie ist weit mehr als die Hälfte der Altenpflegerinnen und Altenpfleger 15 Jahre nach der Ausbildung noch im Berufsfeld tätig oder kehrt nach einer Unterbrechung zurück. Gesamtergebnisse sollen im Mai 2009 präsentiert werden. Partner der Kampagne sind – neben dem Pflegerat – die Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege, der Bundesverband privater Anbie-

ter sozialer Dienste und die Initiative Neue Qualität der Arbeit. Zu den Unterstützern gehören unter anderem der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands, Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber, und der Fußballnationalspieler Marcell Jansen.

Im Mittelpunkt der Kampagne stehen vier Festivals der Altenpflege, die zwischen November 2008 und März 2009 in Hamburg, Stuttgart, Bonn und Dresden stattfinden. Hier rollt das Bundesseniorenministerium den roten Teppich für die Pflegekräfte aus. Höhepunkt wird die Prämierung der besten Beiträge zum Kreativwettbewerb „Moderne Altenpflege heute“ sein, der bereits angelaufen ist. Wer teilnimmt, wird zu einem der Festivals eingeladen. Einsendeschluss ist je nach Bundesland entweder der 1. Oktober oder der 1. Dezember 2008. ■

■ Weitere Informationen:
www.die-moderne-altenpflege.de

DPR-Termin

Vorstellung des Igl-Gutachtens zur Stellung der Pflegeberufe

Der Pflegerat hat den Kieler Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Gerhard Igl mit einem Rechtsgutachten beauftragt, in dem Voraussetzungen und Anforderungen an die rechtliche Regulierung der Pflegeberufe und ihre Tätigkeit ermittelt werden. Das Gutachten ist ab sofort erhältlich und kann über die Geschäftsstelle des Pflegerates bestellt werden. Inhalte des Gutachtens sollen zudem auf einer Veranstaltung vertieft werden, zu der der Pflegerat am 16. Oktober in die Repräsentanz der Robert Bosch Stiftung Berlin, Bismarckstr. 71, 10627 Berlin, ab 10:30 Uhr, eingeladen hat. Das Thema lautet: „Veränderungsbedarf und rechtliche Grundlagen zu einer Neuordnung der Rolle der Pflegeberufe in Gesundheits- und Sozialsystem“. Zu hören sind Vorträge von Prof. Dr. Gerhard Igl, Kiel, Dr. Matthias Offermanns, Deutsches Krankenhaus-Institut (DKI), und Dr. Andreas Büscher, Pflegewissenschaftler an der Universität Bielefeld. Die Teilnahme an der Veranstaltung, zu der interessierte Pflegefachkräfte und Experten aus Gesundheitspolitik und Gesundheitswirtschaft eingeladen sind, ist kostenlos.

Anmeldung & Informationen: Deutscher Pflegerat (DPR), Geschäftsstelle, Salzufer 6, 10587 Berlin, Tel.: 030 21915757, Fax: 030 21915777, www.deutscher-pflegerat.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) – Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen, Salzufer 6, 10587 Berlin („Haus der Gesundheitsberufe“), Tel.: 030 21915757, Fax: 030 21915777, www.deutscher-pflegerat.de

Redaktion: Thomas Hommel; „PflegerPositionen“ ist eine regelmäßige Beilage in **Heilberufe** – Das Pflegemagazin
Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler (verantwortlich), Ehrenbergstr. 11–14, 10245 Berlin, Tel.: 030 2045600
Fax: 030 20456012, www.heilberufe-online.de

Verlag: Urban & Vogel GmbH, Neumärker Str. 43, 81673 München, Tel.: 089 43721300, Fax: 089 43721399, www.urban-vogel.de

Betreuungsassistenten in Heimen Frage von Qualifikation und Motivation

Das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz (PfWG) macht's möglich: Für die Betreuung demenzkranker Bewohner dürfen Heime zusätzliche Arbeitskräfte – „Pflegeassistenten“ – einstellen. Diesen Job, so Pläne des Bundesgesundheitsministeriums und der Bundesagentur für Arbeit, sollen neben Interessierten auch Langzeitarbeitslose übernehmen. Der Pflegerat ist skeptisch.

Der Pflegerat wendet sich gegen Überlegungen, Arbeitslose für den Einsatz in Pflegeheimen einzustellen. „Solche Planspiele sind nicht neu“, sagt die Präsidentin des DPR, Marie-Luise Müller. „Der jüngste Vorschlag der Bundesagentur für Arbeit wiederholt ein Konzept, das bereits in der Vergangenheit unter ähnlichen Vorzeichen gescheitert ist.“ Auch damals sollten die „Ein-Euro-Jobs“ Betreuungsdefizite im Pflegebereich ausgleichen. „Dies ist jedoch nicht geschehen“, sagt Müller. Haupthindernis sei in den meisten Fällen die fehlende Qualifikation und Motivation der eingesetzten Personen gewesen.

Anspruchsvolle Aufgabe

Die im aktuellen Vorschlag der Bundesagentur sowie in den entsprechenden Richtlinien der Krankenkassen enthaltenen 160 Stunden für Schulung und Praktika reichten bei weitem nicht aus, um für die Pflege und Betreuung von Demenzkranken zu qualifizieren, so Müller. Es zeuge nicht gerade von Sachkenntnis, wenn man meint, dass man die Situation von Demenzkranken mit Vorlesen, Basteln und Spazierengehen angemessen verbessern könne. Müller: „Demgegenüber ist es sehr hilfreich, wenn motivierte Laien – im Ehrenamt oder gegen Bezahlung – pflegebedürftige Menschen unter der Anleitung von Fachkräften begleiten.“ Alle Konzepte, die den Einsatz von

Laien in der Pflege vorsehen, müssten jedoch zu allererst sicherstellen, dass Fachkräfte in ausreichender Zahl und Qualifikation vor Ort sind, um Laien und Hilfskräfte anzuleiten. Gut ausgebildete Fachkräfte müssten die Pflege planen und psychologische Hilfestellung geben, wenn Laien der Begegnung mit Krankheit und Leid nicht standhalten können.

Qualifikationsmix erforderlich

Der eklatante Fachkräftemangel im Bereich der Betreuung Demenzkranker erlaubt derzeit jedoch keine angemessene Begleitung und Führung von Laien in der Pflege. Es geht nicht darum Betreuungslöcher zu stopfen, sondern um ein Gesamtkonzept für die Betreuung von Demenzkranken in Pflegeeinrichtungen. Der Pflegerat fordert daher einen an die Pflegebedürfnisse angepassten Qualifikationsmix anstelle von populistischen Modellen zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen.“ ■

■ **Weitere Informationen:**
www.deutscher-pflegerat.de